

FREIE BAUERN



Die Qual der Wahl / Besuch Hubert Aiwanger in Hohenthurm / Protest gegen Aktionsprogramm Insektenschutz: Enteignung naturnah wirtschaftender Betriebe, Appell an Mitglieder des Umweltausschusses, Propaganda der Aurelia-Stiftung, FREIE BAUERN würden Insektenschutz lieber mit der nächsten Bundesregierung verhandeln / Vorschlag Weiterentwicklung der Umverteilungsprämie zur Agrarstrukturprämie / FREIE BAUERN warnen vor Abhängigkeit durch neue Gentechnik / Video „Bäuerliche Schweinehaltung“, FREIE BAUERN lehnen geplantes Programm zum Umbau der Tierhaltung ab / Kritik an ASP-Bekämpfung / Kritik an BHV1-Massentötungen / Unterstützung für Grünen-Antrag Milchmarkt, FREIE BAUERN wollen Marktmacht der Molkereikonzerne brechen / FB Niedersachsen für Moore und gegen Naturschutz als Produktionsziel / FB Brandenburg: Marco Hintze bleibt Präsident ...

FREIE BAUERN Deutschland

Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe
Lennewitzer Dorfstraße 20, 19336 Legde/Quitze OT Lennewitz
Telefon 038791-80200, Telefax 038791-80201
kontakt@freiebauern.de, www.freiebauern.de

Bundesvertretung

Bundessprecher: Alfons Josef Wolff, 06188 Landsberg OT Hohenthurm
Stellvertretender Bundessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Weiteres Mitglied: Peter Guhl, 19273 Teldau OT Vorderhagen
Weiteres Mitglied: Ralf Ehrenberg, 37217 Witzhausen OT Ziegenhagen
Weiteres Mitglied: Georg Straller, 92263 Ebermannsdorf OT Ipfheim

Bundesgeschäftsstelle

Referent für Politik und Medien:
Reinhard Jung, Telefon 038791-80200, reinhard.jung@freiebauern.de
Referentin für Mitgliederservice und Buchhaltung:
Antje Bree, Telefon 0173-6264951, antje.bree@freiebauern.de
Referentin für Fachthemen und Kommunikation:
Frieda Simon, Telefon 0174-1801177, frieda.simon@freiebauern.de

Landesvertretung Brandenburg (Vorstand Bauernbund Brandenburg):

Landessprecher: Marco Hintze, 14550 Groß Kreutz OT Krielow
Stellvertretender Landessprecher: Lutz Wercham, 15324 Letschin OT Wilhelmsau
Weiteres Mitglied: Thomas Kiesel, 16845 Wusterhausen/Dosse OT Barsikow
Weiteres Mitglied: Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Nordwestuckermark OT Zollchow
Weiteres Mitglied: Jens Gerloff, 16866 Kyritz OT Ganz
Weiteres Mitglied: Ulf Simon, 16845 Dreetz OT Michaelisbruch
Weiteres Mitglied: Dirk Schulze, 15320 Neutrebbin OT Altbarnim
Weiteres Mitglied: Frank Michelchen, 15910 Unterspreewald OT Leibsch
Weiteres Mitglied: Matthias Kurth, 03205 Calau OT Settinchen
Weiteres Mitglied: Reinhard Benke, 14806 Planetal OT Mörz

Landesvertretung Niedersachsen:

Landessprecher: Fokko Schumann, 26524 Hage OT Berumbur
Stellvertretender Landessprecher: Cord Meyer, 27367 Böttersen
Weiteres Mitglied: Christian Linne, 38321 Denkte OT Sottmar
Weiteres Mitglied: Christian Müller, 29378 Wittingen OT Eutzen
Weiteres Mitglied: Jens Soeken, 26629 Großefehn OT Timmel
Landesreferentin für Niedersachsen:
Sara Collmann, Telefon 0172-5352195, sara.collmann@freiebauern.de

Die Qual der Wahl

Liebe Berufskollegen,

am 9. Mai hat auf meinem Hof ein gutes und konstruktives Gespräch mit dem Bundesvorsitzenden der **Freien Wähler** und stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger stattgefunden. Aiwanger ist selber Landwirt und wir haben viele agrarpolitische Gemeinsamkeiten festgestellt. Von unseren bayerischen Mitgliedern wissen wir, dass Aiwanger ein verlässlicher Ansprechpartner ist und schon einiges zu unseren Gunsten bewegt hat. Trotz der Namensähnlichkeit zwischen den Freien Wählern und uns müssen wir allerdings realistisch bleiben: Bei den Freien Wähler findet sich auch ein Thorsten Glauber, der als bayerischer Umweltminister problematische Politik gegen die Interessen von uns Bauern macht. Aus meiner Sicht sind die Freien Wähler eine Partei im bürgerlichen Lager, die wir im Blick behalten und mit der wir die Übereinstimmungen pflegen und ausbauen sollten. Eine engere Verbindung kommt jedoch genauso wenig in Frage wie bei jeder anderen Partei. Wir sprechen grundsätzlich mit allen, mit denen ein sinnvoller Austausch stattfinden kann.



So haben wir kürzlich auch ein sehr gutes Gespräch mit dem agrarpolitischen Sprecher der **FDP**-Fraktion Gero Hocker geführt, der mehrfach auf der Berliner Demo aufgetreten ist, uns bei Düngeverordnung und Insektenprogramm kompetent unterstützt und sich damit im Berufsstand sehr viel Anerkennung erworben hat. Das kann leider nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine Partei in ihrem Wahlprogramm mit Freihandel, Gentechnik und Laborfleisch eine Reihe agrarfeindlicher Ziele formuliert.

Eine große inhaltliche Schnittmenge konnten wir auch im Gespräch mit dem agrarpolitischen Sprecher der **AfD**-Fraktion Stefan Protschka am 16. Mai auf Reinhardts Hof feststellen. Selbstverständlich reden wir auch mit dieser Partei, die in einigen Regionen Deutschlands mehr als 20 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereint. Allerdings haben wir deutlich darauf hingewiesen, dass menschenverachtende Positionen in Teilen der AfD bislang einer intensiveren Zusammenarbeit im Wege stehen.

Nach wie vor bleiben Politiker von **CDU/CSU** für uns wichtige Partner, insbesondere Abgeordnete aus den ländlichen Räumen, die gute und ehrliche Politik für ihre Wahlkreise machen und sich für eine starke Landwirtschaft einsetzen – auch wenn sie damit in den vergangenen vier Jahren leider immer weniger durchdringen konnten. Die große Enttäuschung vieler Berufskollegen über diese Partei, die sich jahrzehntelang als Sachwalter landwirtschaftlicher Belange verstand, hat mehrere Namen: Da ist nicht nur Artur Auernhammer, der die Berliner Demonstration verleumdet hat und der deshalb zu Recht bei seiner Kandidatenaufstellung von deutlichen Bauernprotesten empfangen wurde. Für die wachsende Abkehr der Union von den mit der Landwirtschaft verbundenen Wählern ist insbesondere auch Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner verantwortlich, die leider durch Worthülsen, fehlende Sachkompetenz und faule Kompromisse auffällt. Und nun möchte die Union ihre landwirtschaftliche Stammwählerschaft ausgerechnet mit einer Tierwohlsteuer und einer CMA 2.0 zurückgewinnen? Nach der verkorksten Bauernmilliarde hätten wir uns von der Partei eigentlich eine größere Bereitschaft gewünscht, sich mit den Forderungen des Berufsstandes nach fairen Rahmenbedingungen auseinanderzusetzen.

Dass nicht immer alles schlimmer werden muss, haben die **Grünen** gerade mit ihrem gut begründeten Antrag zum Milchmarkt gezeigt (der ebenso gut von uns hätte stammen können). Auch gegen Gentechnik und Mercosur haben wir mit der Ökopartei wahrscheinlich einen Verbündeten. In Brandenburg führen wir mit Landwirtschaftsminister Axel Vogel sehr vernünftige Gespräche. Das Gleiche gilt in Niedersachsen für Umweltminister Olaf Lies von der **SPD**, der gerade dabei ist, einen Weg für den regulären Abschuss von Wölfen zu ebnen. Nach ihrem Selbstverständnis als Partei der arbeitenden Menschen hätte die SPD Chancen gehabt, in das von Julia Klöckner hinterlassene Vakuum vorzustoßen. An Angeboten von uns hat es jedenfalls nicht gefehlt. Bleiben die **Linken**, die inhaltlich traditionell am weitesten von uns weg sind. Trotzdem ist Sahra Wagenknechts Buch „Die Selbstgerechten“ das Beste, was seit Jahren über die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland und die damit verbundene linksliberale Herrschaftsideologie geschrieben wurde.

Wenn der nächste Rundbrief erscheint, ist die Bundestagswahl 2021 Geschichte. Vielleicht sollten wir uns nicht so sehr über die Qual der Wahl ärgern. Jeder von uns wird seine persönliche Wahl aus guten Gründen treffen und dabei spielen sicher nicht nur agrarpolitische Gesichtspunkte eine Rolle. Vielleicht müssen wir auch mehr Verständnis aufbringen für eine Politik, die ein bisschen verständnislos auf uns schaut: auf einen Berufsstand, der dem Bauernverband aus guten Gründen nicht mehr folgt, dort aber noch mehrheitlich Mitglied ist, der seinen Protest mit den Demonstrationen 2019/2020 eindrucksvoll artikuliert, es aber bis heute nicht geschafft hat, daraus eine starke Alternative zu entwickeln. Natürlich könnten wir uns jetzt noch hektisch in den Wahlkampf einbringen. Die Möglichkeiten der Einflussnahme in dieser Phase sind jedoch gering. Versuchen wir doch statt dessen, den Berufskollegen nebenan zu überzeugen, endlich bei uns einzutreten. Zum Beispiel mit diesem Rundbrief, der Euch hoffentlich darin bestärkt, bei der Berufsvertretung die richtige Wahl getroffen zu haben.

Euer Alfons Wolff (Bundessprecher der FREIEN BAUERN)

FREIE BAUERN danken Aiwanger für Vorgehen gegen Corona-Notbremse



(09.05.2021) Die FREIEN BAUERN haben ein schnelles Ende der Corona-Maßnahmen gefordert. „Spätestens wenn in diesem Sommer ausreichend Impfstoff zur Verfügung steht, so dass jeder Mensch sich impfen lassen kann, der sich impfen lassen will, gibt es keine Berechtigung

mehr für Einschränkungen der Grundrechte“, sagte Alfons Wolff, Bundessprecher der FREIEN BAUERN, bei einem Besuch des bayerischen Wirtschaftsministers und Bundesvorsitzenden der Freien Wähler Hubert Aiwanger auf seinem Hof im sachsen-anhaltinischen Hohenthurm: „Bäuerliche Berufsvertretung ist angewiesen auf den Kontakt von Mensch zu Mensch. Dass dieser seit mehr als einem Jahr durch die Maßnahmen blockiert wird, hat großen Schaden an der demokratischen Willensbildung in unserem Land angerichtet.“

Wolff dankte Aiwanger für die von den Freien Wählern eingereichte Verfassungsbeschwerde gegen die sogenannte Corona-Notbremse, die Entscheidungen von der Kreis- und Landesebene auf die Bundesregierung verlagert: „In dieser Zeit brauchen wir nicht mehr Zentralismus und Verbote, sondern mehr Eigenverantwortung der mündigen Bürger vor Ort.“

Bei dem mehr als zwei Stunden dauernden Meinungsaustausch waren sich Aiwanger und Wolff in dem Ziel einig, die Bevormundung bäuerlicher Betriebe abzubauen. Dass die Bundesregierung im Windschatten von Corona mit Düngeverordnung und Insektenprogramm zwei folgenschwere Regelwerke zur Reduzierung der heimischen Landwirtschaft beschlossen habe, passe nicht zur viel beschworenen Systemrelevanz der Branche, so Wolff: „Wenn Lebensmittel künftig vermehrt in Brasilien erzeugt werden sollen, sind sie im Krisenfall jedenfalls nicht hier.“

FREIE BAUERN und Freie Wähler bekennen sich gemeinsam zu einer von vielen Selbständigen getragenen Landwirtschaft. „Dafür brauchen wir eine Politik für Bauernhöfe und gegen Agrarkonzerne“, betonte Wolff und versprach, die Zusammenarbeit mit Aiwangers Partei zu intensivieren, die 2021 auch zur Bundestagswahl antritt.

„API – ab in die Kiste“ forderte unser Mitglied Kerstin Bär auf einer Demonstration gegen das **Aktionsprogramm Insektenschutz** der Bundesregierung am 10. Juni in Berlin. Bis Redaktionsschluss stand nicht fest, ob die Bundesregierung sich mit ihrem unseligen Projekt durchsetzen wird, gegen das fast die komplette Landwirtschaft seit anderthalb Jahren Sturm läuft. Unsere Kritik richtet sich gegen das Verbot von Pflanzenschutzmitteln in FFH-Gebieten und an Gewässerrändern (Novelle der Pflanzenschutzanwendungsverordnung) sowie gegen die Unterschutzstellung von artenreichem Grünland und Streuobstwiesen (Novelle des Naturschutzgesetzes). Im Zentrum der Proteste stand die Fortsetzung der von unserem Mitglied Alf Schmidt verbandsübergreifend organisierten Demonstration in Berlin bis Mitte April hinein mit zwei großen Podiumsveranstaltungen: Am 23. März standen Alfons Wolff und Reinhard Jung auf der Bühne zusammen mit anderen landwirtschaftlichen Vertretern. Eindrucksvoll gelang es vor allem Antony Lee, dem tapfer um Verständnis werbenden CDU-Bundestagsabgeordneten Albert Stegemann den Irrweg dieses Aktionsprogramms vor Augen zu führen. In der Woche vor Ostern haben wir mit Frieda Simon, Julius Scheuerle und Marco Hintze verantwortlich die Mahnwache in Berlin fortgeführt und damit ermöglicht, dass es am 14. April zu einem erneuten Podium kam, wo bis auf die Grünen alle Parteienvertreter den protestierenden Bauern Rede und Antwort standen: Alois Gerig für die CDU/CSU, Rainer Spiering für die SPD, Gero Hocker für die FDP, Stefan Protschka für die AfD und Kirsten Tackmann für die Linken. Leider ein erschreckendes Bild der Uneinsichtigkeit bei den Parteien der Bundesregierung, wie Alfons Wolff beim Schlusswort für die Veranstaltung feststellen musste. Neben





der Demonstration haben wir unzählige Gespräche geführt, so mit den CDU-Bundestagsabgeordneten Uwe Feiler, Albert Stegemann, Hans-Georg von der Marwitz, Kees de Vries und Dieter Stier und durch intensive Zuarbeit zur Naturschutzgesetznovelle in die im Ausschuss federführende SPD-Fraktion, alles ohne greifbare Ergebnisse. Auch ein Fernsehbericht über die Konsequenzen des Aktionsprogramms für den Biobetrieb unseres Mitglieds Helfried Schreiber aus Boberow in Brandenburg brachte kein Einlenken, vielmehr war letzter Stand, dass durch entsprechende Beschlüsse von Bundestag und Bundesrat beide Bestandteile des Aktionsprogramms noch vor der politischen Sommerpause in Kraft treten sollen.

Protest gegen das Insektenschutzprogramm am 23. März vor dem Brandenburger Tor

FREIE BAUERN befürchten Enteignung naturnah wirtschaftender Betriebe

(19.04.2021) Die FREIEN BAUERN haben sich erneut gegen eine Ausdehnung des Naturschutzes auf artenreiches Grünland und Streuobstwiesen ausgesprochen. „Das sind wertvolle Bestandteile unserer Kulturlandschaft, die durch bäuerliche Arbeit entstanden sind und durch bäuerliche Arbeit gepflegt werden“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN anlässlich der heutigen Anhörung im Bundestag zur von der Bundesregierung geplanten Novelle des Naturschutzgesetzes: „Wir glauben nicht, dass Bürokraten vom grünen Tisch aus diese Naturschönheiten besser erhalten können als wir.“ Angesichts vielfältiger Förderprogramme auf Länderebene sei der Bestand der angeblichen Schutzgüter auch überhaupt nicht gefährdet, argumentiert der 56jährige Milchviehhalter aus Vorderhagen in Mecklenburg-Vorpommern.

Durch die geplante Unterschutzstellung von artenreichem Grünland und Streuobstwiesen würden besonders naturnah wirtschaftende Betriebe kalt enteignet, kritisiert Guhl und warnt davor, dass die Bundesregierung einen Anreiz schaffe, sich mit Düngestreuer und Motorsäge vor dem Zugriff des Staates zu schützen: „Es kann doch nicht wahr sein, dass ausgerechnet diejenigen Landwirte, die bereits freiwillig geeignete Flächen im Sinne des Naturschutzes bearbeiten, jetzt dafür bestraft werden.“ Grünland sei eine wertvolle Eiweißquelle für die Tierernährung, auf keinen Fall dürfe eine Momentaufnahme zum Anlass genommen werden, es dauerhaft zu extensivieren, so Guhl. Die FREIEN BAUERN appellieren daher an alle Bundestagsabgeordneten, den vorliegenden Entwurf so abzuändern, dass jede staatliche Bevormundung bei der gegenwärtigen und künftigen Nutzung der Flächen ausgeschlossen wird.

Appell an die Mitglieder des Umweltausschusses des Bundestages

(10.05.2021) Wir wenden uns hiermit gegen die in der Naturschutzgesetznovelle unter § 1 (8) vorgesehene Änderung des § 30 durch Einbeziehung von artenreichem Grünland in die gesetzlich geschützten Biotop. Der naturschutzfachliche Wert von artenreichem Grünland ist durch Bewirtschaftung entstanden und kann nur durch Bewirtschaftung aufrecht erhalten werden. Der Artenreichtum von Grünland wird durch die Intensität der Bewirtschaftung gesteuert ... und ist damit ein klassischer Fall für Förderprogramme statt für Ordnungsrecht.

Man kann nun darüber streiten, wieviel intensives Grünland wir brauchen (womit wir vor allem hochwertige eiweißreiche Silagen für Milchvieh erzeugen und damit Soja aus Südamerika substituieren) und wieviel extensives Grünland (das durch späte Schnittzeitpunkte und Beweidung natürlich deutlich mehr Lebensraum für Insekten bietet) und wo überhaupt intensiv und extensiv anfangen, denn viele Landwirte bewirtschaften ihr Grünland standortangepasst einfach irgendwo dazwischen. Aber das gesamte Grünland ab einem bestimmten Grad des Artenreichtums – der weder im Gesetzentwurf noch in der Begründung präzise definiert wird, also dem Gutdünken der Behörden überlassen bleibt – unter gesetzlichen Schutz zu stellen, ist ein Akt der Bevormundung, der seinesgleichen sucht.

In der Begründung ist von etwa 170.000 ha die Rede, das entspricht ungefähr 5 Prozent des Grünlandes in Deutschland. Der Schutz beschränkt sich aber ausdrücklich nicht auf Grünland in FFH-Gebieten, sondern erstreckt sich auf (im Zusammenhang mit der FFH-Kartierung verwendete) Lebensraumtypen, die überall vorkommen. Und die 170.000 ha sind natürlich eine Schätzung – am Ende können es genauso gut 300.000 ha sein. Je mehr Landwirte ihr Grünland freiwillig extensiv bewirtschaften, desto größer wird die potenziell unter Naturschutz zu stellende Fläche.

Der geplante gesetzliche Schutz bestraft damit genau diejenigen Landwirte, die dem Naturschutz bisher positiv gegenüberstanden, indem er ihnen die Verfügungsgewalt über ihr Eigentum massiv einschränkt. Das bringt ganz viel Frust und Verbitterung in den Berufsstand und führt zu einer Abwehrhaltung gegen den Naturschutz, die kontraproduktiv ist. Am Beispiel meines 30-ha-Mutterkuhbetriebes in Brandenburg kann ich Ihnen die praktischen Konsequenzen erläutern – rufen Sie mich gern an. Wir bitten Sie herzlich darum, den Gesetzentwurf dahingehend zu korrigieren, dass artenreiches Grünland gestrichen wird. Mit freundlichen Grüßen Reinhard Jung (Politikreferent der FREIEN BAUERN)



FREIE BAUERN entlarven Propaganda von Aurelia zum Weltbienentag

(20.05.2021) Wenn zum heutigen Weltbienentag die Aurelia-Stiftung vor dem Reichstagsgebäude gegen den Einsatz von Insektiziden in der Landwirtschaft protestiert, wird sie ihre Aktion mit einer eindrucksvollen Menge toter Honigbienen illustrieren. „Wir wissen aus sicherer Quelle, dass diese Bienen keineswegs durch Pflanzenschutzmittel umgekommen sind, sondern sie sind im Winter in ihren Bienenstöcken gestorben, entweder auf natürliche Weise oder durch das Unvermögen einiger Imker, auf jeden Fall nicht durch unsere Arbeit auf den Feldern“, klärt Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN kurz vor dem Medienereignis auf. Die Inszenierung toter Bienen aus der Imkerei zur Hetze gegen die Landwirtschaft sei typisch für die Arbeit so genannter Umweltorganisationen, die damit private Spenden und öffentliche Fördermittel generieren, so der 49jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen: „Diese Menschen haben keinen Anstand, für Geld machen sie alles.“

Die Wirklichkeit sei nicht ganz so einfach wie die Propaganda der Aurelia-Stiftung es scheinen lässt, erläutert Ehrenberg: „Die umstrittenen neonicotinoiden Beizen etwa können bei falscher Anwendung durchaus Bienen töten, aber das kommt fast nie vor, denn dann hätten sie ja nicht die erwünschte Wirkung am Saatkorn.“ Wegen ihres inzwischen von den angeblichen Bienenschützern durchgesetzten weitgehenden Verbotes sei der Aufwand an Insektiziden insgesamt leider gestiegen, da eine Beizung zielgenauer ist als die Ausbringung mit der Pflanzenschutzspritze, kritisieren die FREIEN BAUERN. Allerdings seien Honigbienen überhaupt nicht bedroht, wie es die Bilder der Aurelia-Stiftung suggerieren, so Ehrenberg: „In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der in Deutschland gehaltenen Honigbienen um mehr als ein Drittel gestiegen – auch ein Ergebnis der guten Zusammenarbeit von Imkern und Bauern vor Ort, die wesentlich weniger von der Öffentlichkeit wahrgenommen wird als das laute Geschrei einiger Funktionäre.“



Ehrenberg wundert sich über die Vertrauensseligkeit, mit der viele Politiker und Journalisten bisher die Parolen von Umweltorganisationen ungeprüft übernehmen: „Wenn wir ein tatsächlich vom Wolf gerissenes Kälbchen in der Fußgängerzone ablegen, kommt die Polizei. Aber wenn die Aurelia-Stiftung mit Leichen lügt, wird das wahrscheinlich wieder ein großes Wehklagen über die gewissenlose profitgierige Landwirtschaft auslösen.“

FREIE BAUERN würden Insektenschutz lieber mit der nächsten Bundesregierung verhandeln

(26.05.2021) Die FREIEN BAUERN haben an die Agrarminister der Länder appelliert, der umstrittenen Pflanzenschutzanwendungsverordnung am Freitag im Bundesrat die Mehrheit zu verweigern. „Das gesamte Aktionsprogramm Insektenschutz ist ein einziger Murks und sollte lieber mit der nächsten Bundesregierung neu verhandelt werden“, sagte Bundessprecher Alfons Wolff. Landwirte, die in der Vergangenheit besonders insektenfreundlich gewirtschaftet haben, würden durch kalte Enteignung bestraft, Ackerbau an Gewässerrändern würde komplett verboten, obwohl gerade die Süßwasserinsekten in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen hätten, beklagt der 60jährige Ackerbauer aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt: „Das alles senkt die regionale Erzeugung, ohne den Insekten auch nur im Ansatz zu nützen.“ Nachdem der Bundestag die Befassung mit der Naturschutzgesetznovelle bereits zum zweiten Mal verschoben hat, plädieren die FREIEN BAUERN nun dafür, auch die im Bundesrat zustimmungspflichtigen Regelungen zum Pflanzenschutz zurückzustellen und in der nächsten Legislaturperiode einen erneuten Anlauf zu unternehmen.

„Wir brauchen keine primitiven Flächenstillegungen, aufgrund derer sich die Lebensmittelproduktion nach Brasilien verlagert, sondern sinnvollen Insektenschutz in einer bäuerlichen Kulturlandschaft“, argumentiert Wolff. Genausowenig akzeptieren die FREIEN BAUERN, dass die Landwirtschaft zum alleinigen Verantwortlichen eines bislang kaum erforschten Insektensterbens gemacht wird, während Einflüsse durch Verkehr, Siedlung, Strahlung und Beleuchtung weitgehend unberücksichtigt bleiben. Wolff: „Die selbe Bundesregierung, die mit ihrem Aktionsprogramm gegen die Landwirtschaft Aktivität zugunsten von Insekten vortäuscht, beschließt fast zeitgleich ein Baulandmobilisierungsgesetz, mit dem künftig noch schneller noch mehr Lebensraum für Insekten zubetoniert wird. Das ist an Scheinheiligkeit fast nicht zu überbieten.“

*Viel Arbeit, auf den ersten Blick wieder erfolglos, haben wir auch in die **Gemeinsame Europäische Agrarpolitik** investiert, die den nationalen Regierungen inzwischen erhebliche Spielräume lässt. Nachdem erkennbar war, dass sich die Bundesregierung auf eine Weiterentwicklung der Umverteilungsprämie festlegen würde, haben wir dafür konkrete Vorschläge entwickelt und im Dialog mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Uwe Feiler (CDU) und dem mecklenburgischen Agrarminister Till Backhaus (SPD) vorgestellt, leider ohne positive Resonanz. Allerdings sind die Verhandlungen in Brüssel noch nicht abgeschlossen und es ist damit durchaus möglich, dass sich die nächste Bundesregierung erneut mit der konkreten Ausgestaltung der GAP auf nationaler Ebene befassen wird.*



FREIE BAUERN schlagen

Agrarstrukturprämie als Kompromiss für die EU-Direktzahlungen vor

(21.03.2021) Nachdem die Verhandlungen der Agrarminister zur nationalen Umsetzung der EU-Agrarpolitik vergangenen Mittwoch unter anderem an der Frage der Direktzahlungen gescheitert waren, haben die FREIEN BAUERN heute einen Vorschlag vorgelegt, wie die vom Bundeslandwirtschaftsministerium favorisierte Umverteilungsprämie zu einer Agrarstrukturprämie weiterentwickelt werden kann. „Wenn Frau Klöckner partout keine Kappung will, müssen wir einen anderen Weg finden, auf den Ausverkauf der ostdeutschen Landwirtschaft an Investoren zu reagieren“, sagte Marco Hintze, stellvertretender Bundessprecher der FREIEN BAUERN aus dem brandenburgischen Krielow: „Wir brauchen jedenfalls eine klare agrarstrukturelle Aussage gegen Agrarkonzerne und für viele bäuerliche Familienbetriebe im ganzen Land.“

Die Umverteilungsprämie soll Betriebe unterhalb der durchschnittlichen Flächengröße besserstellen – bisher wird sie in Deutschland als minimaler Aufschlag auf die ersten 46 Hektare gezahlt. „Indem wir den Durchschnitt aus den Haupterwerbsbetrieben des jeweiligen Bundeslandes bilden, erhöht sich die begünstigte Fläche auf eine regional existenzfähige Größenordnung“, beschreibt Hintze den Ansatz seiner Organisation: „Und indem wir die Ortsansässigkeit des Betriebsinhabers zur Voraussetzung für die Zahlung der Umverteilungsprämie machen, lassen sich überregionale Investoren rechtssicher ausschließen.“ Dabei könne die praktische Ausgestaltung der Junglandwirteprämie als Vorbild dienen, erklärt Hintze: „Die Entfernung zwischen Betriebssitz und Hauptwohnsitz lässt sich als Kriterium genauso einer natürlichen Person zuordnen wie das Lebensalter.“

Für die FREIEN BAUERN steht fest, dass die Direktzahlungen weiter flächenbezogen den Bundesländern erhalten bleiben sollen und es den Betrieben erlaubt sein muss, sich jederzeit an die Förderbedingungen anzupassen. Hintze: „Wir wollen aus der kleinkarierten Umverteilungsprämie eine zukunftsweisende Agrarstrukturprämie machen, die ortsansässige Landwirte im Wettbewerb gegen Investoren stärkt.“

Unser Vorschlag: Von der Umverteilungsprämie zur Agrarstrukturprämie

Die Umverteilungsprämie ist laut EU-Vorgaben eine Begünstigung von Betrieben mit unterdurchschnittlicher Flächenausstattung aus dem Prämienvolumen der Direktzahlungen. Agrarpolitische Stellschrauben sind die Definition des Durchschnitts und der Anteil der Umverteilungsprämie am Prämienvolumen insgesamt, der laut EU-Vorgaben mindestens 12 Prozent betragen muss, sowie die Möglichkeit einer Bindung der Umverteilungsprämie an die Ortsansässigkeit des Betriebsinhabers.

- Indem der Durchschnitt aus den Haupterwerbsbetrieben des jeweiligen Bundeslandes gebildet wird, erhöht sich die durch die Umverteilungsprämie begünstigte Fläche auf eine regional existenzfähige Größenordnung. Dadurch wird die Konzentration der Prämie auf eine durch Nebenerwerb und Hobbylandwirtschaft geprägte Größenordnung mit entsprechend unsinnigen Förderanreizen vermieden.
- Indem der Anteil der Umverteilungsprämie am Prämienvolumen insgesamt für Bundesländer mit einem Durchschnitt im Haupterwerb von bis zu 120 Hektar auf den Mindestanteil von 12 Prozent gelegt wird und dann linear mit dem Durchschnitt im Haupterwerb ansteigt (in Brandenburg mit einem Durchschnitt von 238 Hektar also auf 23,8 Prozent), werden Verluste für die größeren Familienbetriebe in den westlichen Bundesländern minimiert, während in den östlichen Bundesländern extrem große Betriebe eine spürbare Benachteiligung erfahren, wenn auch deutlich milder als in Form der Kappung. Auf diese Weise dient die Umverteilungsprämie deutschlandweit einer Stärkung leistungsfähiger bäuerlicher Strukturen.
- Indem die Ortsansässigkeit des Betriebsinhabers zur Voraussetzung für die Zahlung der Umverteilungsprämie gemacht wird, lassen sich überregionale Investoren ausschließen. Die Ausgestaltung erfolgt dabei analog zur Ausgestaltung der Junglandwirteprämie: So wie dort das Alter (unter 41 Jahre) Voraussetzung für die Zahlung ist, wäre bei der Umverteilungsprämie der Hauptwohnsitz (Entfernung zum Betriebssitz zum Beispiel unter 25 Kilometern) Voraussetzung für die Zahlung. Auch die Anwendung auf Personengesellschaften und juristische Personen könnte entsprechend geregelt werden, das heißt die Umverteilungsprämie würde gezahlt in Bezug auf eine natürliche Person, die den Betrieb kontrolliert, wobei maßgeblich ist, dass keine Entscheidung bezüglich Betriebsführung und Kapital gegen diese natürliche Person getroffen werden kann.

Durch diese drei Elemente wird aus der kleinkarierten Umverteilungsprämie der Vergangenheit eine zukunftsweisende Agrarstrukturprämie, die insbesondere auf die agrarstrukturellen Herausforderungen in den ostdeutschen Bundesländern reagiert. Das kann man auch selbstbewusst kommunizieren, denn der Ausverkauf der Landwirtschaft an überregionale Investoren ist ein hauptsächlich ostdeutsches Problem, dessen Relevanz aber gesamtgesellschaftlich anerkannt ist (und sowohl von Frau Klöckner als auch von grünen Agrarministern immer wieder betont wird). Genau damit lässt sich nämlich eine bundeseinheitliche Regelung begründen, die in den ostdeutschen Bundesländern stärkere Wirkung entfaltet als in den westdeutschen Bundesländern.

- Notwendige Rahmenbedingung ist erstens der Fortbestand der flächenbezogenen Zuordnung der Direktzahlungen, das heißt es gehen den Bundesländern keine Mittel verloren, sondern – ebenso wie bei der Umverteilung zugunsten eines geringen Lebensalters – kommt es innerhalb der dem Bundesland zugeordneten Direktzahlungen zur Umverteilung zugunsten einer geringen Flächenausstattung bzw. zur Einbehaltung von Mitteln, die aufgrund nicht ortsansässiger Betriebsinhaber von einigen Betrieben nicht abgerufen werden können und dem Bundesland dann z. B. für Projekte der ländlichen Entwicklung zur Verfügung stehen.
- Notwendige Rahmenbedingung ist zweitens der Verzicht auf eine Stichtagsregelung, das heißt – anders als bei dem nicht veränderbaren Lebensalter – muss hier die Möglichkeit bestehen, durch

absichtlich herbeigeführte Veränderungen wie Ortsansässigwerden oder die Aufteilung von Betrieben auf mehrere natürliche Personen die Voraussetzungen für die Prämienzahlung jederzeit herzustellen. Es geht ja gerade nicht darum, die ostdeutschen Bundesländer aufgrund ihrer Agrarstruktur zu benachteiligen, sondern es sollen Anreize für positive agrarstrukturelle Entwicklung (viele ortsansässige Landwirte) geschaffen werden.



Der ländliche Raum in Ostdeutschland braucht viele ortsansässige Landwirte und keine Investoren von anderswo ...

FREIE BAUERN zum Kabinettsbeschluss über die EU-Direktzahlungen

(13.04.2021) Die FREIEN BAUERN haben den heutigen Kabinettsbeschluss zur nationalen Umsetzung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik als „bitteres Ergebnis einer schwarz-rot-grünen Koalition gegen die bäuerliche Landwirtschaft“ bezeichnet. Im Zusammenspiel von Bundesregierung und Bundesländern sei ein Förderprogramm für Agrarindustrie und Flächenstilllegung herausgekommen, kritisierte Bundessprecher Alfons Wolff, Ackerbauer aus Hohenthurm in Sachsen-Anhalt: „Der GAP-Kompromiss zeigt, was wir Bauern von dieser Bundesregierung noch zu erwarten haben, nämlich nichts.“

Die ausgeweitete Koppelung der Direktzahlungen an Extensivierung und Brachen werde die landwirtschaftliche Erzeugung in Deutschland weiter senken, befürchtet Wolff: „Zusammen mit Düngeverordnung und Insektenprogramm erreichen wir eine Größenordnung von mehreren Prozent, so dass wir das Mercosur-Abkommen bequem durchwinken können – schlicht weil wir die Agrarimporte aus dem brennenden Regenwald dann zu Leben brauchen.“

Auch dass von der Verteilung der Direktzahlungen kein agrarstrukturelles Signal ausgehe, bedauert Wolff: „Frau Klöckner hat sich weder auf eine Kappung eingelassen noch auf den von uns vorgeschlagenen Ausbau der Umverteilungsprämie zu einer Agrarstrukturprämie, die ortsansässigen Landwirten zugute kommt und überregionale Investoren ausschließt“. Besonders enttäuschend sei es, dass sich aus-

gerechnet die grünen Agrarminister während der Verhandlungen zum Fürsprecher der ostdeutschen Großbetriebe aufgeschwungen haben, die gegenwärtig einer nach dem anderen an das Großkapital verschertelt werden.

Die FREIEN BAUERN rufen alle Berufskollegen auf, durchzuhalten und individuelle Wege zur Weiterbewirtschaftung ihrer Bauernhöfe in schwerer Zeit zu suchen. Wolff: „Für eine zunehmende Anzahl von Betrieben könnte es interessant werden, künftig ganz ohne Direktzahlungen zu arbeiten und sich damit ein Stück weit vom Gängelband des Staates zu lösen.“

FREIE BAUERN warnen vor Abhängigkeit durch neue Gentechnik

(29.04.2021) Die FREIEN BAUERN haben sich gegen eine Novellierung des Europäischen Gentechnikrechts ausgesprochen. „So lange für Entwicklungen der neuen Gentechnik genauso Patente erteilt werden wie für die alte Gentechnik, erübrigt sich jegliche Diskussion darüber“, sagte Ralf Ehrenberg von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN anlässlich der Veröffentlichung einer Studie der Europäischen Kommission zu diesem Thema. Wenn die neuen Methoden tatsächlich so viel näher an der klassischen Züchtung liegen wie von den Befürwortern behauptet, stelle sich doch die Frage, warum ihre Erfinder nicht den Sortenschutz nutzen, sondern Patentanträge stellen, warnt der 49jährige Ackerbauer aus dem hessischen Ziegenhagen: „Müssen wir an die Inhaber dieser Patente erst regelmäßig Lizenzgebühren für unser gesamtes eingesetztes Saatgut zahlen, hätten wir einen wesentlichen Teil unserer unternehmerischen Freiheit verloren.“

Dass die deutsche Landwirtschaft ohne neue Gentechnik international abgehängt würde, sei auch bereits über die alte Gentechnik verbreitet worden, erinnert sich Ehrenberg: „Das Gegenteil ist eingetreten, unsere amerikanischen Kollegen etwa kämpfen derzeit mit resistenten Superunkräutern und können mitnichten höhere Erträge realisieren.“ Produktionstechnische Vorteile der Gentechnik seien bis heute nirgendwo erkennbar, so Ehrenberg. Besonders ärgere ihn die These, die neuen Methoden würden gebraucht, damit die Landwirtschaft klimafreundlicher werde: „Wir machen seit jeher nichts anderes, als Kohlendioxid in Biomasse und Boden zu binden, dieser gigantische Beitrag zum Klimaschutz nennt sich Photosynthese und wurde uns vom lieben Gott patentfrei zur Verfügung gestellt.“ Entscheidungen sollten nicht auf den Spekulationen interessierter Firmen beruhen, sondern auf nachvollziehbaren Fakten.



Ausdrücklich stellen sich die FREIEN BAUERN mit ihrer Position auf die Seite von Bundesumweltministerin Svenja Schulze, die ebenfalls die Novelle des Gentechnikrechts ablehnt. Ehrenberg: „Frau Schulze handelt hier – ausnahmsweise – im Interesse der deutschen Bauern.“

Hochproduktiver Ackerbau funktioniert in Europa bisher vorzüglich ohne Gentechnik und ohne Abhängigkeit von den großen Konzernen.



*Mit dem Video „Bäuerliche Schweinehaltung muss sich nicht verstecken“ hat unsere Referentin Frieda Simon ein neues Format für die Öffentlichkeitsarbeit entwickelt, das sich direkt an fachfremde, aber interessierte Menschen richtet. Ihre **Reportage** vom Betrieb Straller erklärt geduldig und ehrlich und spart auch kritische Themen wie Kastration, Kupierung und Kastenstand nicht aus. Ein guter Einstieg in die Verbraucherinformation, der weiter geführt wird. Abboniert also unseren YouTube-Kanal „Freie Bauern“, um immer auf dem laufenden zu sein!*

FREIE BAUERN lehnen Programm zum Umbau der Tierhaltung ab

(13.05.2021) Die FREIEN BAUERN haben sich erneut scharf gegen die von der Borchert-Kommission vorgeschlagene Tierwohlsteuer gewandt und widersprechen damit Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner, die vergangene Woche einen entsprechenden Bundestagsbeschluss noch in dieser Legislaturperiode empfohlen hatte. „Wir brauchen keinen Umbau der Tierhaltung, denn dieser würde nur der Agrarindustrie nützen und viele bäuerliche Tierhalter überfordern“, sagte Georg Straller von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Die große Mehrheit seiner Berufskollegen, die sich von früh bis spät um ihre Tiere kümmern, arbeite aus eigenem Antrieb verantwortungsvoll. „Ich muss doch jeden Tag in den Spiegel schauen können und sicher sein, dass es meinem Boden und meinen Tieren gut geht“, erklärt der 57jährige Schweinemäster in einem Video, in dem er am Beispiel seines Familienbetriebes im bayerischen Ipfheim die ganz normale bäuerliche Schweinehaltung vorstellt.

Probleme mit dem Tierschutz gebe es vor allem bei sehr großen Anlagen mit fernen Eigentümern und fachfremden Billigarbeitskräften, argumentiert Straller: „Nicht irgendwelche technische Standards irgendwelcher Kommissionen sind der Garant für Tierwohl, sondern die Verbindung aus Eigentum und Arbeit in unseren bäuerlichen Familienbetrieben.“ Von der Politik wünschen sich die FREIEN BAUERN daher baurechtliche Vorteile für kleinere Höfe sowie wirksame Maßnahmen gegen den Preisdruck durch Importe und Monopole. „Der Staat sollte Rahmenbedingungen setzen, aber nicht versuchen, in die Produktion hineinzuregieren“, so Straller.

FREIE BAUERN kritisieren Unentschlossenheit bei der ASP-Bekämpfung

(03.04.2021) Die FREIEN BAUERN, Interessenorganisation der bäuerlichen Familienbetriebe, haben die Bundesregierung aufgefordert, die Afrikanische Schweinepest entschieden zu bekämpfen. „Unsere Mitgliedsbetriebe in den ASP-Gebieten leiden seit mehr als einem halben Jahr unter seuchenbedingten Restriktionen, ohne dass von Seiten der Veterinärverwaltungen geeignete Schritte zur Ausrottung der Seu-

che unternommen würden“, sagte Georg Straller von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN: „Wenn man das Seuchengeschehen in Griff bekommen will, muss das Schwarzwild radikal dezimiert werden, außerdem brauchen wir eine zweite Sicherheitslinie, um ein Vordringen der ASP nach Westen wirksam zu verhindern.“

Die von überforderten Veterinären auf lokaler Ebene organisierte Entnahme einzelner Wildschweine durch Jäger und Fallensteller komme seit Monaten nicht voran, kritisiert der 57jährige Schweinemäster aus dem bayerischen Ipfheim und regt an, die finanziellen und organisatorischen Bedingungen für den Abschuss des Schwarzwildes zu verbessern. Auch würden sich die Tiere auf Dauer nicht durch niedrige Elektrozäune und lockere Bauzäune aufhalten lassen, so Straller: „Um die Schweinehaltung in Deutschland zu schützen, müssen daher bestehende Barrieren ausgebaut werden, wie etwa die Zäune an den Bundesautobahnen.“ Die letzte Chance, die Seuche noch aufzuhalten, wäre ein fester Zaun entlang der Elbe, wofür aufgrund geklärter Eigentumsverhältnisse entlang der Deichlinien alle Voraussetzungen bestehen würden.

Für die FREIEN BAUERN ist unverständlich, warum die Bundesregierung nicht längst das Heft des Handels in die Hand genommen habe, moniert Straller: „Entweder wollen wir die ASP-Freiheit zurück erlangen oder nicht. Aber das schlichte Verwalten der Seuche bringt uns nicht weiter.“

FREIE BAUERN fordern Ende der tierschutzwidrigen BHV1-Massentötungen

(16.05.2021) Die FREIEN BAUERN haben die Bundesregierung aufgefordert, die Massentötungen von mit BHV1 infizierten, aber ansonsten klinisch gesunden Rindern zu beenden und zu einer milderen Form der Seuchenbekämpfung zurückzukehren. „Dieses Jahr sind bereits 17 Betriebe von den Tötungsanordnungen der Veterinärämter betroffen, 14 davon direkt an der Grenze zu Belgien und den Niederlanden, wo die Krankheit fast überhaupt nicht bekämpft wird“, sagte Reinhard Jung, Politikreferent der FREIEN BAUERN und selber Rinderhalter im brandenburgischen Lennewitz: „Insbesondere für die Milchviehbetriebe in der Grenzregion ist es unerträglich, ständig mit der Angst leben zu müssen, dass der Staat vom einen auf den anderen Tag ihr züchterisches Lebenswerk vernichten kann.“

Als Alternative zur Tötung kompletter Rinderherden schlagen die FREIEN BAUERN eine dreijährige Quarantäne vor, so Jung: „Das bedeutet, dass betroffene Betriebe die Erlaubnis für eine Schutzimpfung bekommen, dass sie in dieser Zeit kein Zuchtvieh vermarkten, dass sie ihre Tiere entweder durch Stallhaltung oder bei Weidehaltung mit doppeltem Zaun absichern müssen und dass sie mit regelmäßigen Blutproben die Entwicklung des Infektionsgeschehens gegenüber dem Veterinäramt dokumentieren.“ Dieser durch ein umfangreiches Gutachten erfahrender Tierärzte aus der Region unterlegte Vorschlag würde betroffenen Rinderhaltern die Möglichkeit eröffnen, ihre Herden durch unbelastete Nachzucht und gezielte Zukäufe über einen längeren Zeitraum aus eigener Kraft zu sanieren.

2019 hatten sich die FREIEN BAUERN für einen von der behördlichen Tötungsanordnung betroffenen Milchviehbetrieb in Aachen-Nütheim eingesetzt, der erst nach langwierigem Rechtsstreit und massiven Protesten aus Politik, Landwirtschaft und Stadtbevölkerung immerhin ein Drittel seiner Herde retten konnte. Jung: „Der damals erzielte Kompromiss zeigt, dass EU-rechtlich durchaus Spielräume bestehen. Umso unverständlicher, dass die Bundesregierung auf unseren damals erarbeiteten Vorschlag bislang in keiner Weise reagiert hat und nach wie vor an ihrer nicht nur unverhältnismäßigen, sondern auch tierschutzwidrigen Tötungspraxis festhält, zulasten der regionalen Landwirtschaft.“



Licht am Ende des Tunnels bräuchte die **Milchviehhaltung** dringender denn je. Die nach wie vor miserablen Erzeugerpreise bei eigentlich ausgeglichener Marktlage und guten Absatzbedingungen für die Milchindustrie zeigen deutlich den Systemfehler: die rechtlose Stellung der Milchviehhalter am Ende der Wertschöpfungskette, wo Molkereikonzerne und Einzelhandelsketten das Geschäft unter sich ausmachen. In dieser Situation sorgt ein Antrag der bündnisgrünen Bundestagsfraktion für Überraschung, der (bis auf die Gender-Sternchen) von uns stammen könnte: Er fordert, den Artikel 148 der Gemeinsamen Marktordnung auf Basis der Verordnungsermächtigung des § 6a Agrarmarktstrukturgesetz umzusetzen und damit den Abschluss von umfassenden schriftlichen Verträgen mit fester Preis- und Mengenvereinbarung verpflichtend einzuführen, das Genossenschaftsrecht so zu reformieren, dass Genossenschaftsbeteiligung und Lieferkonditionen getrennt werden, Andienungspflichten und Abnahmegarantien entfallen sowie eine nachträgliche Preisfestsetzung verboten wird. Weitere Elemente des Antrags sind ein europäisches Marktkriseninstrument und der Aufbau regionaler Vermarktungsstrukturen. Alles Forderungen, die die FREIEN BAUERN mit den anderen Verbänden des Milchdialogs (unter anderem BDM, EMB und AbL) Anfang des Jahres in die Politik getragen haben. Na klar hat der Antrag zur Zeit keine Chance und es ist Bundestagswahlkampf. Aber genau so richtig ist: Erstmals hat sich damit eine im Agrarbereich einflussreiche Partei ernsthaft und detailliert für unsere Forderungen ausgesprochen. Wir bleiben dran.

FREIE BAUERN unterstützen Grünen-Antrag zum Milchmarkt vorbehaltlos

(21.05.2021) Die FREIEN BAUERN begrüßen den heute vorgestellten Antrag der grünen Bundestagsfraktion zur Stärkung der Milchwirtschaft vorbehaltlos. „Die aufgeführten zehn Punkte sind allesamt geeignet, die Stellung der Bauern in der Wertschöpfungskette zu stärken gegen die erdrückende Marktmacht der großen Molkereikonzerne. Insbesondere die Vertragspflicht mit vorheriger Vereinbarung von Menge und Preis ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit in einer Marktwirtschaft und daher dringend erforderlich, um endlich fairen Wettbewerb zu ermöglichen“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN. Er selbst habe in den vergangenen vier Jahren zahllose Gespräche mit Abgeordneten der Regierungsfractionen geführt, um ein Umdenken zu erreichen, berichtet der 56jährige Milchviehhalter aus Vorderhagen in Mecklenburg-Vorpommern: „Leider haben wir nichts erreichen können gegen die Blockade von Ministerialbürokratie, Milchindustrie und Bauernverband.“ Dass jetzt ausgerechnet die Grünen als eher agrarferne Partei einen ausgesprochen konstruktiven Vorstoß unternehmen, überrasche ihn, gibt Guhl zu: „Aber positiv.“

FREIE BAUERN wollen Marktmacht der Molkereikonzerne brechen

(12.06.2021) Die FREIEN BAUERN haben die anhaltenden Proteste von Milcherzeugern vor Großmolkeereien – unter anderem vor der DMK-Zentrale in Zeven – als Ausdruck eines unerträglichen Machtgefälles bezeichnet. „Dass die Großen der Branche es schaffen, bei insgesamt sehr gutem Absatz für Milch und Milchprodukte die den Milcherzeugern ausgezahlten Preise nach wie vor unten zu halten, zeigt doch überdeutlich, dass der Markt nicht funktioniert“, sagte Peter Guhl von der Bundesvertretung der FREIEN BAUERN, die mit anderen Verbänden zu den Aktionen aufgerufen hatten. Nicht nur der hoch konzentrierte Lebensmitteleinzelhandel, sondern auch die Milchindustrie inklusive der großen Molkereigenossenschaften würde sich schamlos an den Bauern bereichern und mit ihrer Marktmacht den Spielraum mittelständischer Mitbewerber einengen, kritisierte der 56jährige Milchviehhalter aus Vorderhagen in Mecklenburg-Vorpommern und forderte deshalb grundlegende politische Reformen zur Wiederherstellung von Wettbewerb in der Wertschöpfungskette.

Nach jahrelanger staatlicher Tatenlosigkeit trotz schwerer Milchmarktkrisen müsse eine neue Bundesregierung drei Vorhaben zügig umsetzen, verlangt Guhl: „Wir brauchen erstens ein Entflechtungsgesetz für die vor- und nachgelagerten Bereiche der Landwirtschaft, das die Marktmacht der Konzerne bricht. Wir brauchen zweitens eine Vertragspflicht für Milchlieferungen, nach der Menge und Preis vorab vereinbart werden müssen, so wie es in der gesamten restlichen Wirtschaft fair und üblich ist. Und drittens brauchen wir eine Herkunftskennzeichnung auf allen Lebensmittelverpackungen, so dass der Kunde im Supermarkt erkennen kann, aus welchem Land die verwendeten Agrar-Rohstoffe stammen.“ Den FREIEN BAUERN gehe es nicht um staatliche Steuerung, betonte Guhl, sondern um Rahmenbedingungen, in denen der Markt seine Dynamik zurück erhält: „Die konstanten Tiefpreise der Molkerei-Riesen haben jedenfalls nichts mehr mit Marktwirtschaft zu tun.“



*Kerstin Bärs Jagdhündin Pepper im schicken Gewand steht hier als Symbolbild für das Erwachen unserer **Landesorganisationen**. Auf dem Hof von Georg Straller fühlte sie sich wohl ebenso wie 18 unserer 120 bayerischen Mitglieder, die sich Ende Mai zum Kennenlernen bei Georg trafen und über die zukünftige Arbeit auf Landesebene sprachen. Unsere Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben sich noch per Videokonferenz unterhalten, unsere Brandenburger trafen sich ebenfalls im Mai zu einer ganz normalen Vorstandssitzung auf dem Hof von Marco Hintze. Also, so langsam haben wir genug von dem Ausnahmezustand, der unsere Arbeit behindert.*

FREIE BAUERN Niedersachsen gegen „Naturschutz als Produktionsziel“

(22.04.2021) Die FREIEN BAUERN Niedersachsen, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, haben sich in einer Stellungnahme zur Ackerbau- und Grünlandstrategie der Landesregierung dagegen ausgesprochen, Naturschutz zum Produktionsziel zu machen. „Unser Produktionsziel ist die Erzeugung von hochwertigen Nahrungsmitteln in effizientester Weise und im Einklang mit der Umwelt“, sagte Christian Linne von der Landesvertretung der FREIEN BAUERN. Naturschutz werde durch die bäuerliche Wirtschaftsweise täglich gelebt und dürfe nicht von einer „almosenbehafteten Entlohnung aus öffentlichen Kassen“ abhängig sein, begründet der 48jährige Ackerbauer aus Sottmar im Braunschweiger Land und spricht sich für eine flächendeckend nachhaltige Landwirtschaft aus.

Die größten Optimierungspotenziale im Ackerbau sehen die FREIEN BAUERN durch eine Auflockerung der Fruchtfolgen mit Erbsen, Bohnen und Lupinen – um diese Früchte wettbewerbsfähig zu machen, soll die Einfuhr von südamerikanischem Soja drastisch reduziert werden. Eine Wiederezulassung insektizider Beizen könnte den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verringern und so die Wirtschaftlichkeit von Raps und Zuckerrüben verbessern, schlägt Linne vor. Die Anwendung oder gar Förderung der Gentechnik lehnt er dagegen grundsätzlich ab, weil damit Landwirte in eine Abhängigkeit von Saatgutkonzernen geraten würden. Auch beim Gras sollte nach Auffassung der FREIEN BAUERN eine intensive Bewirtschaftung möglich bleiben, Grünland sei eine wertvolle Futterquelle und keine Verfügungsmasse für staatliche Extensivierungsmaßnahmen.

Die Niedersächsische Ackerbau- und Grünlandstrategie enthalte wichtige Anknüpfungspunkte, sei jedoch insgesamt zu naturschutzlastig, urteilt Linne. Ökologische Verbesserungen kann er sich vor allem durch die Pflanzung zusätzlicher Hecken und Baumreihen vorstellen, nicht jedoch durch eine weitere Zurückdrängung von Landwirtschaft: „Wenn wir die regionale Erzeugung von Nahrungsmitteln stärken, ist der Umwelt am meisten gedient. Unseretwegen muss der Regenwald nicht brennen.“

FREIE BAUERN Niedersachsen: Moore nutzen statt Regenwald roden

(03.05.2021) Die FREIEN BAUERN Niedersachsen haben sich für die intensive Weiternutzung der Moore als wertvolle Futterquelle von Rindern und Schafen ausgesprochen. „Unsere Vorfahren haben durch eine großartige Kulturleistung die heutigen Moorlandschaften mit ihrem charakteristischen Wechsel aus Biotopen und ertragreichem Grünland erst geschaffen“, sagte Jens Soeken von der Landesvertretung der FREIEN BAUERN heute in Middels auf einer Demonstration von über 500 Landwirten gegen das vom Landkreis Aurich geplante Naturschutzgebiet Fehntjer Tief: „Wir lassen nicht zu, dass ideologisch verbohrt Bürokraten dieses wunderbare Land in einen trostlosen Sumpf verwandeln, während gleichzeitig am Amazonas der Regenwald gerodet wird, um uns künftig mit Rindfleisch zu versorgen.“ Wer Klima und Biodiversität in einem globalen Zusammenhang sieht, müsse der heimischen Landwirtschaft den Vorrang geben, so der 40jährige Landwirt aus dem ostfriesischen Timmel.

Dabei war die Bewirtschaftung von Moorflächen immer sehr eng mit natürlichen Rückzugsgebieten für seltene Tiere und Pflanzen verzahnt und sollte auch weiter im Einklang mit der Natur geschehen, wünscht sich Soeken: „Wegen der existenziellen Bedeutung des Fehntjer Tiefs für viele bäuerliche Familienbetriebe haben wir hier sogar in Zusammenarbeit mit der renommierten Anwaltskanzlei HSA Partner einen eigenen Entwurf zur Entwicklung von Landschaftsschutzgebieten vorgelegt.“ Entscheidend sei, dass die Flächen weiterhin in landwirtschaftlicher Nutzung bleiben und nicht durch starre Naturschutzauflagen stillgelegt werden. Wenn wertvolle Wiesen und Weiden aus der Produktion genommen und dafür Agrarprodukte aus Südamerika eingeführt werden, sei das eine scheinheilige verlogene Umweltpolitik, warnt Soeken den Landkreis: „Wir sind gesprächsbereit, wenn es um die Erhaltung der Moorlandschaft geht. Geht es aber nur um eine Ausbreitung von Wildnis zulasten der Landwirtschaft, werden wir uns wehren, zur Not vor Gericht.“

Für die FREIEN BAUERN sind die Planungen zum Fehntjer Tief ein Paradebeispiel für fehlgeleitete Naturschutzpolitik. Soeken: „Überall im Land gibt es zur Zeit Versuche, uns unter Berufung auf ökologische Ziele Flächen wegzunehmen. Diese Naturschönheiten sind aber nur entstanden, weil wir hier über lange Zeiträume gewirtschaftet haben. Regionale Lebensmittelerzeugung und verantwortungsbewusster Naturschutz gehören zusammen.“

FREIE BAUERN Brandenburg verlangen Obergrenze für Wölfe

(05.05.2021) Der Bauernbund Brandenburg, Landesgruppe der FREIEN BAUERN, hat die für morgen geplante Arbeitsgruppensitzung „Grundsatz Wolf“ im Umweltministerium als überflüssige Alibiveranstaltung kritisiert. „Weder in der Wolfsverordnung noch im Praxisleitfaden geht es um die grundsätzliche Frage, bis zu welcher Obergrenze Wölfe der Landbevölkerung zuzumuten sind“, kommentiert Vorstandsmitglied Frank Michelchen die Tagesordnung: „Da sitzen Ministerialbürokraten und Wildniseideologen mit von ihnen finanziell abhängigen Schäfern zusammen und unterhalten sich über Zuschüsse, die nicht reichen, für Zäune, die nicht funktionieren.“ Die FREIEN BAUERN hatten ihre Mitwirkung in dem Gremium deshalb im Herbst letzten Jahres abgebrochen und verlangt, dass endlich über eine Bestandsregulierung von Wölfen in Brandenburg gesprochen werden muss.

„813 Weidetiere wurden in unserem Bundesland nach der amtlichen Statistik vergangenes Jahr von Wölfen gerissen, aber die Dunkelziffer ist erheblich höher“, vermutet Michelchen. Hinter jedem dieser Fälle stehe persönliche Betroffenheit von Menschen, die aus Überzeugung Weidewirtschaft betreiben und sich für ihre Tiere verantwortlich fühlen. Der 55jährige Biobauer aus Leibsch im Spreewald, der mit seinem Sohn einen Mutterkuhbetrieb bewirtschaftet, befürchtet einen weiteren Rückgang der naturnahen Haltungsform durch die ungebremschte Ausbreitung der Wölfe: „Und zwar nicht nur aus ökonomischen Gründen – der grausame Anblick zeretzter, teils bei lebendigem Leib aufgefressener Schafe, Kälber und Fohlen lässt sich nicht mit Geld entschädigen.“

Der Wolf sei längst nicht mehr vom Aussterben bedroht, deshalb müsse die derzeit noch verbotene Jagd auf Wölfe endlich erlaubt und deutlich ausgedehnt werden, fordern die FREIEN BAUERN. Vorbild sei Schweden, wo die rot-grüne Regierung eine Obergrenze von 350 Wölfen festgelegt hat und den jährlichen Zuwachs regelmäßig abschießen lässt, so Michelchen: „Brandenburg hat mehr als 400 Wölfe auf nicht mal einem Zehntel der Fläche Schwedens, und die rot-schwarz-grüne Landesregierung sieht dem sinnlosen Gemetzel tatenlos zu. Das ist verantwortungslos gegenüber der Landbevölkerung und gegenüber dem Naturschutz, der auf Weidetierhaltung angewiesen ist.“

FREIE BAUERN Brandenburg schlagen viele Kilometer neue Hecken vor



(24.05.2021) Der Bauernbund Brandenburg, Landesgruppe der FREIEN BAUERN, hat in einem Schreiben an Staatssekretärin Silvia Bender ein großangelegtes Landesprogramm zur besseren Strukturierung der Agrarlandschaft durch Hecken und Baumreihen vorgeschlagen. „Die Vorteile für Biodiversität, Mikroklima und Erosionsschutz liegen auf der Hand“, sagte Bauernbund-Vorstand Ulf Simon, Mutterkuhhalter aus Milchaelisbruch im Ruppiner Land: „Allein in unserem Vorstand haben wir auf Anhieb Bereitschaft für fast drei Kilometer Hecke festgestellt.“ Wichtig sei, dass die Landwirte lediglich die Flächen zur Verfügung stellen und sich nicht auch noch um die Anwuchspflege kümmern müssen, so Simon. Ein einfach ausgestaltetes Heckenprogramm hätte nicht nur den größten Umweltnutzen, sondern auch hohe Akzeptanz im Berufsstand.

Die vom Ministerium für die neue Förderperiode geplanten Agrarumweltmaßnahmen hingegen bezeichnen die FREIEN BAUERN in ihrer Stellungnahme als „verwirrend und ziellos“. Neben bewährten Programmen wie dem ökologischen Landbau oder dem Vertragsnaturschutz sei im Konzept eine Vielzahl von Angeboten enthalten, bei denen es vorrangig darum gehe, Flächen aus der Produktion zu nehmen oder sie nach praxisfernen, angeblich klimafreundlichen Gesichtspunkten zu bearbeiten. Für komplett überflüssig hält Simon auch den vorgesehenen Ausbau der Agrarberatung: „Bei den vielen gut ausgebildeten Landwirten in Brandenburg können wir keinen zusätzlichen Beratungsbedarf erkennen.“ Im Gegensatz zu den meisten geplanten Maßnahmen würde die Pflanzung neuer Hecken und Baumreihen wenig Fläche beanspruchen und eine nachhaltig positive Wirkung auf Natur und Landwirtschaft entfalten, wirbt Simon für seinen Vorschlag.

Marco Hintze weiter an der Spitze der FREIEN BAUERN Brandenburg

Der frisch gewählte Vorstand, links mit Hut Marco, drei waren noch nicht mit Heu fertig und wurden in Abwesenheit gewählt (Foto: Düpsch)

(21.06.2021) Der Bauernbund Brandenburg, Landesgruppe der FREIEN BAUERN, hat auf seiner heutigen Mitgliederversammlung in Schönwalde-Glien einstimmig seinen Präsidenten Marco Hintze für weitere vier Jahre im Amt bestätigt. Der 49jährige Landwirt, der in Krielow im Havelland einen Haupterwerbsbetrieb mit Ackerbau, Mutterkuhhaltung und Färsenmast bewirtschaftet, bedankte sich bei den Mitgliedern für das Vertrauen und kündigte an, weiterhin



für die Interessen der märkischen Bauern zu kämpfen gegen Agrarinvestoren und Naturschutz-Ideologen, die der regionalen Landwirtschaft die Flächen streitig machen. Mit Blick auf die Leitbild-Debatte in Brandenburg bekräftigte Hintze: „Der bäuerliche Familienbetrieb ist die ökonomisch leistungsfähigste Agrarstruktur, und er ist auch ökologisch überlegen, weil wir in Generationen denken und deshalb immer nachhaltig wirtschaften.“

Hintzes Stellvertreter wurde der 34jährige Ackerbauer Lutz Wercham aus Wilhelmsaue im Oderbruch, der die junge Generation im Bauernbund repräsentiert. Ebenfalls im Amt bestätigt wurden Thomas Kiesel, Hans-Jürgen Paulsen, Jens Gerloff, Ulf Simon, Dirk Schulze, Frank Michelchen und Reinhard Benke, die bereits dem alten Vorstand angehört hatten. Neu im Vorstand ist Matthias Kurth aus Settinchen im Kreis Oberspreewald-Lausitz. Der Bauernbund Brandenburg hat 470 Mitglieder im Land – ausschließlich bäuerliche Familienbetriebe – und war im vergangenen Jahr maßgeblich an der Gründung der bundesweiten Interessenorganisation FREIE BAUERN beteiligt.

Ab in den Druck mit dem Rundbrief ... und dann ab zum Deutschlandtreffen. Vom 1. Deutschlandtreffen der FREIEN BAUERN am 24. Juni im hessischen Ziegenhagen lest Ihr im nächsten Heft. Wir wünschen Euch einen schönen Sommer und vor allem eine gute Ernte!

Und hier kommt für alle Internet-Muffel die Kopiervorlage für die Mitgliederwerbung nebenan, gerne per Post an: FREIE BAUERN, z. Hd. Antje Bree, Mehrower Dorfstraße 17, 16356 Ahrensfelde OT Mehrow.

Ja, ich möchte Mitglied der FREIEN BAUERN werden !

Bitte schickt mir einmal jährlich eine Beitragsrechnung der GmbH FREIE BAUERN. Der Beitrag errechnet sich aus einem Grundbeitrag von 50 Euro und einem Flächenbeitrag von 1 Euro pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (maximal 550 Euro). Bei Landwirtschaftsbetrieben wird die Mitgliedschaft erklärt durch den Betriebsleiter. Für den Beitrag dürfen bis zu zwei weitere Personen Mitglied werden (z. B. Hofnachfolger, Ehepartner, Altenteiler). Nicht-Landwirte zahlen nur den Grundbeitrag.

Die Beitragszahlung begründet das Recht, sich im Beitragsjahr "Mitglied der Initiative FREIE BAUERN" zu nennen. Mit der Beitragszahlung erkläre ich mein Einverständnis, Informationen und Einladungen der Initiative FREIE BAUERN zu erhalten. Aus der Beitragszahlung ergeben sich keine weiteren Rechte oder Pflichten innerhalb der Initiative FREIE BAUERN.

Name Betriebsleiter	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	
Telefon	
Mobiltelefon	
E-Mail	
Geburtstag	
Fläche in ha	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Evtl. weiteres Mitglied	
Geburtstag	
Mobiltelefon	
E-Mail	

Datum, Ort: Unterschrift: